

NEIN ZU ECOPOP



Wird die Ecopop-Initiative angenommen, sind die Folgen drastisch: Die Bilateralen Verträge wären nicht mehr haltbar. Dies wiederum bedeutet eine massive gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise. Die bürgerliche Mehrheit wird versuchen, das Steuerdumping zu intensivieren, Umwelthanliegen werden in den Hintergrund rücken.

Die Argumentation der Ecopop-Initiative basiert auf dem Bevölkerungswachstum und der damit verbundenen Angst, dass wir in der Schweiz zu wenig Platz und zu wenige Ressourcen haben. Aber die Lösung der

Ecopop-Initianten ist unmoralisch, ethisch nicht tragbar und diskriminierend. Sie basiert auf einem grotesken Widerspruch von der eigenen Verschwendung und der Suche des Schuldigen im Ausland. Es ist durchaus ein grünes Anliegen, dass die Ressourcen geschont werden sollen. Der Initiativtext aber beinhaltet keinen einzigen Passus zum Umweltschutz. Ecopop sucht die Lösung im Ausland und will dort das Bevölkerungswachstum reduzieren – mit Entwicklungsverordnung statt Entwicklungshilfe. Die Grünen fordern aber Ausbildungsmöglichkeiten und

eine sinnvolle Entwicklungshilfe für Menschen in Not – und keine Verordnung zur Familienplanung. Entwicklungsländer sollen stabilisiert werden und zusätzlich können wir in der Schweiz unser Potenzial an Arbeitskräften besser nutzen: mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, Krippenplätzen und Lohngleichstellung. Nach der spannenden Präsentation und Diskussion von und mit Bastien Girod fassen die Mitglieder eine einstimmige Nein-Parole ohne Enthaltungen.



Lotti Stockar, Landrätin Oberwil

Keine schwarzen Listen!

Baselland soll Listen von Personen einführen, welche ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben und deswegen in einem Betreibungsverfahren stehen – so die Diskussion im Landrat. Wer auf der schwarzen Liste steht, erhält nur noch «Notfallbehandlungen».

Ein hoher administrativer Aufwand steht einem nicht bezifferbaren Nutzen gegenüber. Es wird befürchtet, dass Ärzte unter Druck der Krankenkassen geraten, wenn sie mehr als «Notfallbehandlungen» ausführen. Sie würden letztlich auf ihren Rechnungen sitzen bleiben. Kantone, welche die Liste bereits führen, können keinen effektiven Nutzen ausweisen. Die Idee mag dem braven Bürger verlockend erscheinen. Die schwarzen Schafe werden direkt durch Verweigerung der Leistung bestraft. Wir in der Grünen Fraktion sehen die Lösung allerdings in der konsequenten Durchführung der Betreuung. Dieses System wird gegenüber allen Schuldnern angewandt, unabhängig davon, um welche Schuld es sich handelt. Der Zugang zur medizinischen Versorgung darf nicht von einer Liste abhängig sein, deren Aktualität und Zuverlässigkeit nie zu 100 Prozent gewährleistet sein kann.

Sozialhilfebezüger sind übrigens nicht gemeint, denn ihre Prämien werden bereits heute direkt den Krankenkassen überwiesen. Der Landrat hat die schwarzen Listen schlussendlich verworfen.

Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung



Karikatur von Ruedi Widmer (2012)

Die Volksinitiative will die Pauschalbesteuerung von ausländischen Multimillionären verbieten. Diese «Besteuerung nach Aufwand» erlaubt, sehr reiche Ausländerinnen und Ausländer, die hier meist nicht arbeiten, nach ihren Lebenshaltungskosten statt nach ihrem tatsächlichen Einkommen und Vermögen zu besteuern. Heute bezahlen sie sehr viel weniger Steuern als sie eigentlich müssten.

Die Mehrheit der Stimmbevölkerung in den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt und Baselland haben bereits die Abschaffung der Pauschalbesteuerung kantonal beschlossen. Dies ohne grossen Steuerausfälle. Die Pauschalbesteuerung ist doppelt ungerecht. Zum einen werden die Steuerzahler, aus deren Ländern man die Pauschalbesteuerten abwirbt, benachteiligt. Zum anderen ist sie ungerecht gegenüber den schweizerischen Steuerzahlenden, welche einen um ein Mehrfaches höheren Steuersatz zu bezahlen haben. Trotzdem fordern alle bürgerlichen Parteien weiterhin dieses Sonderrecht für Superreiche. Nur die Grünen und

die SP setzen sich dafür ein, dass dem steuerlichen Standortdumping schweizweit endlich ein Ende bereitet wird. Steuergerechtigkeit sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Pauschalbesteuerung widerspricht dem Grundsatz der Bundesverfassung, wonach alle gleich zu behandeln und nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern sind.

Die schweizweite Abschaffung der Pauschalbesteuerung wäre ein Schritt zu einer nachhaltigeren internationalen Standort- und Steuerpolitik und würde auch den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen entschärfen. Für den Kanton Baselland, welcher die Pauschalbesteuerung schon abgeschafft hat, ist es im ureigensten finanziellen Interesse, dass hier die ganze Schweiz gleich aufgestellt wäre.

Die Mitglieder fassen an der MV vom 22. Oktober die einstimmige Ja-Parole für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Maya Graf, Nationalrätin

Die Gold-Initiative schadet unserer Volkswirtschaft

Um ihren Verfassungsauftrag zu erfüllen und den Franken stabil zu halten, muss die Nationalbank (SNB) flexibel und unabhängig handeln können. Die Initiative würde Reaktionen auf Entwicklungen am Finanzmarkt jedoch verunmöglichen.

Die SNB müsste aktuell viel Gold kaufen, um den von der Initiative geforderten Goldanteil von 20 Prozent bei ihren Reserven zu erreichen. Das Gold dürfte sie dann nicht mehr verkaufen, auch wenn dies zur Reduktion ihrer Bilanz und der Geldmenge nötig wäre. So könnte die SNB den Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro kaum mehr verteidigen – mit katastrophalen Folgen für den Industriestandort und Tourismus. Anders als von der Initiative suggeriert, hat Gold keinen festen Wert. Sein Preis schwankt stark und ist als Anlage nicht sicherer als andere Werte. Dürf-

te die Nationalbank ihr Gold nicht mehr verkaufen, würde dies den Wert der Schweizer Goldreserven drastisch reduzieren. Denn was nicht handelbar ist, hat auf dem Markt auch kaum einen Wert. Der Grossteil der Schweizer Goldreserven von 1'040 Tonnen lagert in der Schweiz. Rund 20 Prozent der Goldreserven liegen derzeit bei der Bank of England und 10 Prozent bei der Bank of Canada. Die Verfügbarkeit ist gewährleistet und die Barren sind nummeriert. Das ermöglicht im Krisenfall auch einen Verkauf von Schweizer Goldreserven im Ausland. Auch andere Länder lagern einen Teil ihrer Reserven im Ausland, mit der Initiative wäre dies aber nicht mehr möglich. Die Mitgliederversammlung der Grünen BL lehnt die Initiative einstimmig ab und fasst die Nein-Parole ohne Enthaltungen.

Maya Graf, Nationalrätin

Zweite Röhre – ohne uns!

In der Herbstsession hat das Schweizer Parlament den Bau einer zweiten Gotthardröhre für 2,8 Milliarden Franken beschlossen. Dieser Beschluss missachtet den mit der Alpenschutz-Initiative ausgedrückten Volkswillen, die Strassenkapazität am Gotthard nicht weiter auszubauen.

Weiter ist der Bau eines zweiten Strassentunnels weder notwendig noch sinnvoll. Die Sanierung des bestehenden Gotthard-Strassentunnels, welche als eigentlicher Grund für den Bau eines zweiten Tunnels gilt, ist dank der absehbaren Eröffnung des Neat-Eisenbahntunnels auch ohne zweite Röhre möglich. Ein Nein zum Bau einer zweiten Gotthardröhre würde somit das Tor für die Sanierung mittels

Bahnverlads öffnen und dies wäre ein wichtiger Schritt für die Verkehrsverlagerung auf die Schiene. Kommt aber die zweite Gotthardstrassenröhre, wird dieses Geld für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs in den Agglomerationen und in den Berggebieten fehlen. Zudem ist zu befürchten, dass mit einer zusätzlichen Röhre die Kapazität der Gotthard-Autobahn ausgebaut wird. Dies führt zu mehr Verkehr und somit zu erhöhter Umweltbelastung im Alpenraum und untergräbt das Verlagerungsziel. Die Grünen und Jungen Grünen Schweiz unterstützen deshalb das Referendum gegen den Bau einer zweiten Gotthardröhre.

Anna Ott,

Vorstand junges grünes bündnis nordwest

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Mut zu Neuem – jetzt erst recht

Die neuen Hochhäuser am Bahnhof Pratteln, ein Augenschein am Bahnhof Liestal oder auf dem Dreispitz zeigen: Es geht vorwärts im Baselbiet, unser Kanton erhält ein modernes Gesicht. Das alte «Transitlager» auf dem Dreispitz ist bestes Beispiel dafür. In wenigen Monaten sieht man dort «in echt», wie das geht: Wohnen und Arbeiten unter einem Dach, wenige Meter daneben die grüne Oase des Merian-Parks und das Tram mit der neuen Haltestelle Ruchfeld direkt vor der Tür.

Dieses Projekt verkörpert für mich Mut zu Veränderungen, Mut zum Aufbruch. Beides haben wir nötig im Baselbiet, seit der Abstimmung im September erst recht.

Der schmal gewordene Handlungsspielraum von Kanton und Gemeinden zwingt uns zum Handeln – und das ist gut so. Wir brauchen wieder mehr Risikobereitschaft, Mut, auch Altvertrautes auf den Prüfstand zu stellen und Neues zu wagen. Kurz: Wir brauchen wieder mehr Unternehmer- und Pioniergeist.

Vor bald zehn Jahren habe ich ein Interview mit EBL-Direktor Urs Steiner in der Volksstimme gelesen, Titel: «Wir brauchen wieder mehr Pioniere!». Dieser Satz gilt nicht nur für das Thema Energie, er gilt für unseren Kanton als Ganzes, und er gilt gerade heute.

Danke Stephan!



Es war eine freudige Überraschung, als die Grünen in den Wahlen 2007 einen Sitz im Wahlkreis Waldenburg erobern konnten.

Seither ist Stephan Grossenbacher Mitglied in unserer Grünen Landratsfraktion. Als Mitglied der GPK und der Personalkommission des Landrats hat er in den letzten sieben Jahren wertvolle Arbeit im Dienste der Gesellschaft geleistet, für welche ich ihm herzlich danken möchte. Stephan hat als Landrat die diversen Sachgeschäfte immer wieder in den grösseren ökologischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhang gestellt und dabei neue Perspektiven in die Debatte eingebracht. Stephan wird im Rahmen von Inter-

Willkommen Heinrich!



team einen mehrjährigen Einsatz in der Entwicklungszusammenarbeit in Tansania beginnen, für welchen wir ihm alles Gute und viel Erfolg wünschen.

Für Stephan rückt Heinrich Holinger in den Landrat nach. Wir freuen uns sehr, mit Heinrich einen sehr erfahrenen und engagierten grünen Unternehmer in der Fraktion zu begrüssen. Sein grosses Wissen in grünen Kernthemen wie der Energiepolitik wird das Profil der grünen Landratsfraktion weiter schärfen und hoffentlich dazu beitragen noch mehr grüne Politikziele Realität werden zu lassen.

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident

Parolen

30. November 2014

Eidgenössische Vorlagen

NEIN zur Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative)

JA zur Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»

NEIN zur Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»

Agenda

17. November

Sammelaktion Gotthard-Referendum, Basel SBB

30. November

Abstimmungssonntag

4. Januar

Neujahrsapero der Grünen BL, BS und jgb
Braustube Unser Bier,
Gundeldingerfeld, Basel

7. Januar

Mitgliederversammlung Grüne BL
19.00h Laufen

17. Januar

Delegiertenversammlung,
Grüne Schweiz,
Liestal

Jetzt Unterschriftenbogen
herunterladen, unterschreiben
und einschicken:

Die Grünen unterstützen das Referendum gegen die zweite Gotthardröhre (siehe Seite 3, unten). Bogen findest Du unter:
www.gruene.ch/gruene/de/wahlen_stimmen/referenden.html



Die Grünen haben die Fair-Food-Initiative lanciert.
Hilf mit und sammle Unterschriften.
Bogen findest Du unter: www.fair-food.ch

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel
Redaktion: info@gruene-bl.ch
Auflage: 1500 Ex.
gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch)
oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer
Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.